

Migration und Sicherheit

Über die Auswirkungen der Massenmigration auf die innere Sicherheit sowie über Terrorismus referierten Hans-Georg Maaßen, Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), und BVT-Direktor Peter Gridling bei einem „Sicherheitspolitischen Frühstück“ in Wien.

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Migration und Sicherheit? Welche Herausforderungen ergeben sich für den Verfassungsschutz? Was muss auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene geschehen? Welche Akteure sind bei der Bewältigung der Herausforderungen außer der Polizei noch gefordert? Antworten auf diese, von Gruppenleiter Dr. Wilhelm Sandrisser formulierten und weitere Fragen gaben Dr. Hans-Georg Maaßen, Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), und Mag. Peter Gridling, Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) bei einem „Sicherheitspolitischen Frühstück“ zum Thema „Migration und Sicherheit“ am 26. November 2015 im Innenministerium in Wien.

Die Bedrohung in mitteleuropäischen Städten durch islamistische Terroristen sei „sehr ernst“, wöchentlich gebe es ein bis zwei Hinweise auf mögliche Anschläge in Deutschland, warnte BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen. „Wir müssen davon ausgehen, dass der Islamische Staat und Al Qaida weitere Terroranschläge in Europa planen und durchführen.“ Verglichen mit Al Qaida gebe es mit dem „Islamischen Staat“ (IS) eine neue Qualität, eine weitaus größere Gefahr. Der IS kontrolliere ein

Gebiet im Ausmaß der Fläche von Großbritannien und verfüge über Waffen und Material, das Al Qaida nicht gehabt habe. In Syrien, im Irak, in Mali, Somalia und anderen Staaten erhalte der IS große Unterstützung. „Beim Islamischen Staat von einer Terrororganisation zu sprechen, ist eine Verniedlichung“, betonte Maaßen. Die Welt sei zum Teil in Auflösung begriffen; der Terror „kommt in unsere Städte“. Bei den Attentätern in Paris handle es sich um „Kämpfer, die wissen, wie man mit der Maschinenpistole umgeht“. Das sei eine besorgniserregende Entwicklung. Neu sei, dass auch in Europa Selbstmordanschläge verübt würden. Der Islamische Staat sei durch die Luftangriffe nicht wesentlich geschwächt worden, sagte Maaßen. Man könne ihn nicht „austrocknen“. Der IS stabilisiere sich, richte ein Steuersystem ein und schaffe soziale Einrichtungen und ein strenges Bildungssystem, mit dem Kinder und Jugendliche ideologisiert würden. Wirksam zu bekämpfen sei der IS wahrscheinlich nur mit Bodentruppen.

Der enorme Zustrom von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten sei eine große Herausforderung. 7.000 bis 10.000 Migranten kämen täglich nach Mitteleuropa. Etwa 80 Prozent davon seien junge Männer aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, darunter Männer mit Kampferfahrung. Es sei mög-

lich, dass sich unter den Flüchtlingen auch IS-Kämpfer befänden. Das gebe Anlass zur Sorge, sagte Maaßen. Die Anschläge in Paris und in anderen Städten seien aber überwiegend von „Altdschihadisten“ verübt worden, von Islamisten, die sich schon längere Zeit in Frankreich, Belgien oder anderen EU-Ländern aufgehalten hätten. In Deutschland gebe es 7.900 Salafisten, viele dieser streng orthodoxen Muslime würden junge Menschen ansprechen und versuchen, sie für ihre Ideen zu gewinnen. Integration in Deutschland sei nur in Teilen gelungen, es gebe Parallelgesellschaften. Dieses Problem werde weiter wachsen. Es sei daher notwendig, dass die Integration vermehrt in den Fokus der Politik gebracht werde, forderte der BfV-Präsident.

Enorme Herausforderung. Aus Österreich seien über 250 Personen nach Syrien gereist, um sich dem Dschihad anzuschließen, sagte BVT-Direktor Peter Gridling, 37 weitere seien an der Ausreise gehindert worden. 77 Personen seien aus dem Kriegsgebiet zurückgekommen, das bringe eine große Gefährdung mit sich. Die Justiz reagiere darauf. Von Jänner bis November 2016 habe es bereits 27 Verurteilungen gegeben. Die derzeitige Massenmigration bedeute eine enorme Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Je zwei

ZUR PERSON



Mag. Peter Gridling, geboren 1957 in Lienz (Osttirol), trat 1977 in die Bundesgendarmerie ein, absolvierte nebenberuflich das Studium der Rechtswissenschaften und wurde 1992 Referatsleiter in der Gruppe C (Staatspolizeilicher Dienst) im Bundesministerium für Inneres. Ab 1995 leitete er die Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) und von 2002 bis 2008 war er Leiter des Bereichs Terrorismusabwehr beim europäischen Polizeiamt Europol in Den Haag (Niederlande). Seit 2008 ist er Di-

rektor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).



Dr. Hans-Georg Maaßen, geboren 1962 in Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen), studierte Rechtswissenschaften in Köln und Bonn. Ab 1991 arbeitete er im Bundesinnenministerium, wo er unter anderem in der Abteilung für Ausländerangelegenheiten und in der Polizeiabteilung tätig war. 2000 wurde er persönlicher Referent des Sicherheitsstaatssekretärs, ab

2001 leitete er die Projektgruppe Zuwanderung und ab 2002 zusätzlich das Referat Ausländerrecht. Im August 2008 wurde er Leiter des Stabes „Terrorismusbekämpfung“ in der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“. Seit 1. August 2012 ist Maaßen Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Das BfV in Berlin (www.verfassungsschutz.de) sammelt gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz (LfV) Informationen über staatsfeindliche Bestrebungen und Spionageaktivitäten und wirkt beim Geheim- und Sabotageschutz mit.



„Sicherheitspolitisches Frühstück“ im Innenministerium in Wien zum Thema „Migration und Sicherheit“: BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen, Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser, BVT-Direktor Peter Gridling.

Millionen Flüchtlinge befänden sich in Lagern in der Türkei und im Libanon, 800.000 weitere in Jordanien. Weltweit seien 60 Millionen Menschen auf der Flucht, ein Teil komme nach Europa. 600.000 Flüchtlinge seien seit September über wenige Grenzübergänge nach Österreich gekommen und zum Großteil nach Deutschland weitergereist. „Wir waren auf Migration vorbereitet, aber nicht auf einen solchen Ansturm wie wir ihn seit September erleben“, sagte Gridling. Es komme zu Angst und kollektiver Verunsicherung. „Das ist auch eine Herausforderung für Muslime. Wenn wir nicht rechtzeitig darauf reagieren, entstehen Parallelgesellschaften“, betonte der BVT-Direktor. Würden die Erwartungen der vielen jungen muslimischen Flüchtlinge, die in Österreich Asyl erhalten, nicht erfüllt, dann vergrößert sich der fruchtbare Boden für Radikalisierung und es kann zu Konflikten kommen. In der Bevölkerung könne der Eindruck entstehen Politik und Behörden würden nicht ausreichend Maßnahmen ergreifen und Gesetze würden außer Kraft gesetzt. In der Realität

werde aber sehr viel unternommen, das Problem bestehe mehr in einer mangelnden Kommunikation, sagte Gridling.

Steigender Rechtsextremismus. Die hohe Zahl an Migranten in Deutschland habe zu einem Zulauf in rechtsextremistische Organisationen geführt, sagte BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen. Früher habe es eine deutliche Abschtotung der bürgerlichen Mitte gegenüber dem Rechtsextremismus gegeben. Nun stiegen die Aggressivität in sozialen Medien und die Bereitschaft von „Wutbürgern“ und aufgebrachten Anwohnern von Asylbewerberheimen, zu hetzen und Straftaten zu begehen. 70 Prozent der Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte würden von Bürgern aus der Region begangen, die bisher nicht in extremistischen Zusammenhängen aufgefallen seien. Diese Entwicklung sei langfristig eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie.

Auch BVT-Direktor Peter Gridling wies auf die vom Rechtsextremismus ausgehende wachsende Gefahr hin. Die

Zahl der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten sei in Österreich stark angestiegen. In den ersten drei Quartalen 2015 habe es bereits gleich viele fremdenfeindliche Delikte gegeben wie in den drei Jahren davor zusammen. Zum Glück seien keine schweren Straftaten darunter gewesen. Eine weitere Gefahr bestehe im importierten islamischen Antisemitismus, sagte Gridling.

Kooperation BfV und BVT. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz arbeite mit dem österreichischen BVT sehr gut zusammen. Auch auf europäischer Ebene seien die beiden Bundesämter sehr aktiv, sagte Hans-Georg Maaßen. Das BfV in Deutschland sei ein „Brandmelder“ der Gesellschaft. Das Bundesamt weise in seinen Lagebildern auch auf Fehlentwicklungen hin. Die Verhinderung der zunehmenden Radikalisierung junger Muslime und des Entstehens von Parallelgesellschaften sei aber eine Herausforderung für die Gesamtgesellschaft, betonte Maaßen.



Lösungsmöglichkeiten und Strategien. Österreich könne das Problem der Massenmigration nicht alleine lösen, nur die internationale Gemeinschaft könne wirksam reagieren, sagte BVT-Direktor Gridling. Die Konflikte in Syrien und in anderen Regionen müssten beendet werden, in der Europäischen Union müsse solidarisch gehandelt werden. Die Sicherung der Außengrenze müsse verbessert und die EU-Grenzschutzagentur Frontex gestärkt werden. Verbesserungen müsse es auch bei den Personenkontrollen an den Grenzübergängen geben. „Wir brauchen auch einen Rechtsrahmen für Gepäckskontrollen“, forderte Gridling. Der BVT-Chef verwies auf die Informations- und Präventionskampagnen in Österreich, etwa die Ausbildung spezieller Präventionsbeamter, die Einrichtung der Extremismus-Beratungsstelle und die Kooperation des BMI mit der Deradikalisierungsinitiative RAN Austria.

Bei der Extremismusbekämpfung sei nicht nur die Polizei gefordert, „sie ist vielmehr eine Aufgabe für den gesamten Staat, die Zivilgesellschaft und auch die Religionsgemeinschaften. Prävention und positive Gestaltung sind dabei genauso wichtig, wie die notwendige Reaktion auf Bedrohungen“, sagte zusammenfassend Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit) im BMI. Man müsse vor allem jungen Menschen mit und ohne unmittelbaren Migrationshintergrund den Mehrwert eines Lebens in freien Gesellschaften besser vermitteln. „Die in der EU geltenden Grundrechte bilden dabei die Grundlage für ein selbstbestimmtes, erfolgreiches Leben und sind gleichzeitig Grundregeln für ein gutes, sicheres Zusammenleben. Sie müssen daher besser kommuniziert werden“, betonte der Gruppenleiter. Das BMI habe deshalb gemeinsam mit der EU-Grundrechteagentur die Initiative bei der Entwicklung entsprechender europäischer Strategien ergriffen.

Das „Sicherheitspolitische Frühstück“ ist ein Informations- und Diskussionsformat des BMI, organisiert vom Büro für Sicherheitspolitik. Experten der inneren und äußeren Sicherheit sowie Vertreter von Behörden, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien diskutieren nach Expertenreferaten in ausgewählter Runde über ein aktuelles Thema.